



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Europa: Solidarisch. Innovativ. Fokussiert.

Europäische Struktur- und Investitionsfonds 2014 – 2020

IN EUROPA
ZUSAMMEN WACHSEN



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Text und Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Stand

Mai 2014

Druck

Silber Druck oHG, Niestetal

Bildnachweis

Pertusinas – Shutterstock (Titel),
c-mone – Photocase (S. 1)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722-721
Bestellfax: 030 18102722-721

Europäische Struktur- und Investitionspolitik 2014 – 2020 in Deutschland

Am 1. Januar 2014 hat die neue Förderperiode der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) begonnen. Bis 2020 stehen daraus europaweit 351,8 Mrd. Euro zur Verfügung; davon erhält Deutschland 27,5 Mrd. Euro. Wesentliches Ziel ist es, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum vor allem in den weniger weit entwickelten Regionen Europas zu steigern. Gleichzeitig werden mit diesen Mitteln notwendige Reformen in den Mitgliedstaaten unterstützt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Finanzmittel künftig stärker fokussiert und die Ergebnisse noch intensiver nachgehalten.

In den Verhandlungen zur nationalen Dachstrategie, der sog. Partnerschaftsvereinbarung, haben sich Bund und Länder darauf verständigt, wie die Finanzmittel zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in den Regionen sowie zur Begegnung der neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Energiewende und dem Umweltschutz, in Deutschland eingesetzt werden sollen. Die intensiven Arbeiten haben sich gelohnt: Am 22. Mai hat die Europäische Kommission die deutsche Partnerschaftsvereinbarung – als zweite europaweit – genehmigt.



Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2014 – 2020: Was ist neu?

Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, die Unterschiede zwischen den starken und schwachen Regionen anzugleichen und so die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gemeinschaft zu verringern. Dieser Ausgleich ist von großer Bedeutung, um durch eine Anpassung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse insgesamt zu einem wettbewerbsfähigeren europäischen Wirtschaftsraum zu gelangen. Dem Kohäsionsgedanken entsprechend kommt das Gros der Mittel dabei den strukturschwachen Mitgliedstaaten und Regionen zugute. Die wichtigsten Instrumente dieser Politik sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER), der Kohäsionsfonds (KF) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Mit Ausnahme des Kohäsionsfonds werden alle Instrumente in Deutschland zum Einsatz kommen.

Die reformierte EU-Kohäsionspolitik soll zu mehr Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa beitragen. Die Struktur- und Investitionsfonds sind dabei zugleich das Schlüsselinstrument zur Verwirklichung der Ziele von Europa-2020, der Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. In dieser Strategie hat die Europäische Union die zentralen Treiber für die Erhöhung von Wohlstand und Produktivität benannt. Dazu gehören v. a. Forschung und Innovation, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, die Förderung von Bildung und Ausbildung, die Reduzierung der Armut sowie die Bekämpfung des Klimawandels und der Energieabhängigkeit. Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sind ein ganz wesentlicher Faktor zur Verwirklichung dieser Wachstumsziele. Sie ermöglichen europaweit einen Großteil der Strukturinvestitionen.

Damit die Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Zukunft noch zielgerichteter und effizienter wirken können, ist die Kohäsionspolitik reformiert worden:

Die wichtigsten Elemente dieser Reform sind:

- Fokussiert: Konzentration der Investitionen** auf insgesamt 11 thematische Ziele (siehe Schaubild). Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) konzentriert je nach Regionskategorie 50 – 80 Prozent seiner Investitionen auf die Bereiche: Forschung und Innovation, die digitale Agenda, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und die CO₂-arme Wirtschaft. Der Europäische Sozialfonds (ESF) leistet einen bedeutenden Beitrag zur Steigerung der Beschäftigung in den Mitgliedstaaten – zum Beispiel durch Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen, sowie soziale Integration. Die neue Jugendbeschäftigungsinitiative richtet sich dabei speziell an junge Menschen, um frühzeitig Perspektiven zu eröffnen. Mindestens 20 Prozent der ESF-Mittel sind darüber hinaus für die Förderung der sozialen Eingliederung und die Armutsbekämpfung bereitzustellen. Bei dem Europäischen Fonds für die ländliche Entwicklung (ELER) wird der Fokus auf der Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, der Anpassung an den Klimawandel sowie auf der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ländlichen Gebieten und der Stärkung von Wettbewerbskraft und Innovation im Agrarbereich liegen.
- Mehr Ergebnisorientierung und Kontrolle: Klare, transparente und messbare Ziele:** Die Regionen und Mitgliedstaaten müssen im Voraus bekanntgeben, welche

Ziele sie mit den verfügbaren Mitteln erreichen möchten, und entsprechend darlegen, wie ihre Fortschritte gemessen werden. Werden Ziele erheblich verfehlt, kann die Europäische Kommission Sanktionen verhängen; andererseits werden bei guter „Performance“ weitere Mittel aus einer leistungsgebundenen Reserve freigegeben.

- Mehr Koordination – Weniger Überschneidungen:** Der „Gemeinsame Strategische Rahmen“ bildet die Basis für eine bessere Koordinierung zwischen den ESI-Fonds und zu anderen Instrumenten, wie z. B. Horizont 2020. Zudem erstellen die Mitgliedstaaten unter Einbeziehung aller Beteiligten erstmals eine gemeinsame Dachstrategie für den Einsatz der ESI-Fonds-Mittel, die so genannten Partnerschaftsvereinbarung. Hiermit sollen Doppelförderungen und Widersprüche vermieden und Synergien gehoben werden.
- Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik:** Die Kohäsionspolitik muss mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU im Einklang stehen. So müssen die Programme mit den nationalen Reformprogrammen übereinstimmen. Unter Umständen kann die Kommission die Mitgliedstaaten – gemäß den Bestimmungen zur „makroökonomischen Konditionalität“ – auffordern, Programme abzuändern, um wichtige Strukturreformen zu unterstützen; der letzte Ausweg wäre die Aussetzung von Mitteln, wenn wiederholt und schwerwiegend gegen wirtschaftspolitische Empfehlungen verstoßen wird.



Weitere Elemente der Reform liegen u. a. in der verstärkten Förderung von Finanzinstrumenten mit dem Ziel, die Qualität der Projekte einerseits und die Hebelwirkung der Fonds andererseits zu erhöhen. Zur Unterstützung der Städte Europas soll in allen Mitgliedstaaten ein Mindestbeitrag der EFRE-Mittel der integrierten Stadtentwicklung zugute kommen. Schließlich müssen die Mitgliedstaaten belegen, dass sie die vorgegebenen rechtlichen, verwaltungstechnischen oder politischen Voraussetzungen für einen effizienten Einsatz der Mittel (z.B. Verbesserung des öffentlichen Auftragswesens oder Strategien zur „intelligenten Spezialisierung“) erfüllen; erst dann werden die Finanzmittel auch den Mitgliedstaaten zugewiesen.

Die ESI-Fonds 2014 – 2020 in Deutschland – Investitionen in unsere Zukunft

Insgesamt 27,5 Mrd. Euro erhalten Deutschlands Regionen in der kommenden Förderperiode 2014 – 2020 aus den ESI-Fonds.

Die Mittel fließen vor allem in wirtschaftlich schwächere Regionen, um dort Standortnachteile abzubauen und den Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung im nationalen und europäischen Maßstab zu halten. In diesen Regionen sind auch die Förderintensitäten höher. Die ESI-Fonds werden durch nationale öffentliche oder private Mittel ko-finanziert.

Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäische Sozialfonds (ESF) zusammen stehen 19,2 Mrd. Euro zur Erreichung der angestrebten wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Ziele bereit (einschl. ETZ). Weitere 8,3 Mrd. Euro fließen aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung (ELER).¹ In den Jahren 2016 – 2020 stehen über die Umschichtung von Agrarmitteln aus der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zusätzlich knapp 1,2 Mrd. Euro für gezielte Fördermaßnahmen zur ländlichen Entwicklung zur Verfügung.

Die ESI-Fonds stellen auch künftig die wichtigste Quelle für Strukturmaßnahmen in Deutschland dar.

Strukturfonds (EFRE und ESF) Förderfähigkeit: 2014–2020



- Übergangsregionen
(BIP/Kopf 75%–90% des EU-27 Durchschnitts)
- Stärker entwickelte Regionen
(BIP/Kopf > 90% des EU-27 Durchschnitts)

Von den für Deutschland vorgesehenen Finanzmitteln sind²

- 9,8 Mrd. Euro für die Übergangsregionen
- 8,5 Mrd. Euro für die weiterentwickelten Regionen
- 0,9 Mrd. Euro für die Europäische territoriale Zusammenarbeit

¹ Das für den EMFF vorgesehene Finanzvolumen wird im Verlauf des Jahres 2014 festgelegt.

² Gemäß der Europäischen Union sind die deutschen Regionen als Übergangsregionen und stärker entwickelte Regionen eingeteilt. Keine der deutschen Regionen gehört mehr zu den weniger entwickelten Regionen.

Die Partnerschaftsvereinbarung: Rahmen für die Investitionen in Deutschland

Die Partnerschaftsvereinbarung ist eine wichtige Neuerung der neuen Förderperiode. Sie legt den strategischen Rahmen für die Förderung aus den Fonds in Deutschland fest. Sie enthält zugleich Aussagen über die Verteilung der Finanzmittel und die Kohärenz des Mitteleinsatzes. Konkretisiert wird diese nationale Dachstrategie – unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und sektoralen Besonderheiten – durch die **Operationellen Programme und die Entwicklungsprogramme für die Ländlichen Räume**.

Aufgrund der föderalen Struktur erfolgt diese konkrete Umsetzung in Deutschland zum größten Teil auf Ebene der Länder, und zwar durch:

- je 15 EFRE und ESF-Programme sowie ein Multifonds-Programm (EFRE/ESF)
- das ESF-Programm des Bundes
- 14 Entwicklungsprogramme für die ländlichen Räume, einschließlich eines Bundesprogramms zur Vernetzung der ELER-Aktivitäten
- ein nationales Programm für den EMFF

Bei der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung haben die Entscheidungsträger aus Bund, Ländern und der Europäischen Kommission bereits seit Herbst 2012 äußerst eng und konstruktiv zusammen gearbeitet. Auch die Partner in Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben entscheidend mit zu dem gelungenen Prozess beigetragen.

Um einen Rahmen für die Förderung zu formulieren, wurden zunächst die Herausforderungen wie auch Potenziale für Deutschland und seine Regionen analysiert und zusammengefasst. Auf dieser Grundlage wurde dann in enger Abstimmung mit allen Beteiligten – unter Berücksichtigung der Europa-2020 Ziele und im Einklang vor allem mit dem nationalen Reformprogramm – die notwendigen Investitionsprioritäten für Deutschland herausgearbeitet.

Ein kurzer Überblick: Herausforderungen für Deutschland und seine Regionen

Trotz einer aktuell positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stehen Deutschland und seine Regionen vor großen Herausforderungen. Diese sind vielfältiger Natur und stellen allgemeine Herausforderungen für den Standort dar. Besonders kritisch ist dabei der demografische Wandel.

Dieser trifft die neuen Bundesländer in besonderem Maße, ist aber auch für Teile Westdeutschlands von hoher Bedeutung.

Zur Sicherung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit gilt es zudem die Innovationsfähigkeit auszubauen und etwaige Rückstände in einzelnen Regionen abzubauen. Dies ist nicht zuletzt wegen des Zusammenhangs von Innovationskraft und demografischer Entwicklung von besonderer Bedeutung. Zudem gilt es, einer insgesamt nicht zufriedenstellenden Unternehmensgründungstätigkeit entgegenzuwirken und die Weiterentwicklung der Regionen und Städte voranzubringen.

Auch für den Arbeitsmarkt ist gesamtwirtschaftlich eine positive Entwicklung zu beobachten. Eine wichtige Aufgabe bleibt jedoch, dem aufgrund des demografischen Wandels in den verschiedenen Branchen und Regionen drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zudem stehen vor dem Hintergrund der Armutsgefährdung spezifische Gruppen, insbesondere Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte sowie Menschen mit Migrationshintergrund vor besonderen Herausforderungen, eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu finden. Auch im Bereich der Verringerung der Schul- und Ausbildungsabbrecher sowie eines möglichst direkten und passgenauen Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Des Weiteren stellen die Sicherung und Weiterentwicklung der strukturschwachen ländlichen Räume, die Stärkung von Innovationspotenzialen, die Verbesserung der sektoralen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biodiversität und der Schutz der Umwelt wesentliche zukünftige Aufgaben dar.

Unter dem Eindruck des globalen Klimawandels und vor dem Hintergrund der in Deutschland eingeleiteten Energiewende kommen schließlich der Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien, der effizienten Energieerzeugung sowie dem Schutz und dem Erhalt der Natur eine zentrale Rolle zu.

Viele dieser Herausforderungen stellen sich in allen Regionen Deutschlands. Allerdings sind die Problemlagen und Handlungserfordernisse aufgrund struktureller wirtschaftlicher, sozialer oder demografischer Unterschiede in den einzelnen Regionen weiter sehr unterschiedlich. Signifikante regionale Disparitäten bestehen weiterhin insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland, aber auch innerhalb West- und Ostdeutschland bestehen regionale Entwick-

lungsunterschiede; vor allem zwischen strukturschwachen ländlichen Regionen und prosperierenden Wachstumsregionen. Diese gilt es zu reduzieren. Dafür sind die – auf Ebene der Regionen ansetzenden – ESI-Fonds das richtige Instrument.

Deutschland konzentriert sich: Die wichtigsten Handlungsfelder und Ziele

Angesichts der identifizierten Stärken, Schwächen und der zukünftigen Herausforderungen stehen die geplanten Aktivitäten einerseits in der Tradition bewährter Interventionen, indem sie erfolgreiche Maßnahmen fortsetzen. Andererseits ergeben sich aus den neuen bzw. wachsenden Herausforderungen – insbesondere der demografischen Entwicklung, dem Fachkräftemangel, der Energiewende und dem globalen Klimawandel – weitere Handlungsnotwendigkeiten.

Naturgemäß weichen die verschiedenen Operationellen Programme – aufgrund der Unterschiede der Regionen bezüglich Ausgangslage, Entwicklungspotenzialen und Entwicklungsbedarfen – in ihrer konkreten Schwerpunktsetzung voneinander ab.

Insgesamt werden in Deutschland jedoch die Investitionen – nicht zuletzt auch aufgrund des gegenüber der vergangenen Periode geringeren Budgets – auf die zentralen Bedürfnisse und Felder mit den größten Potenzialen konzentriert.

Zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau der regionalen Disparitäten werden mit dem EFRE vor allem folgende Handlungsfelder und Ziele unterstützt:

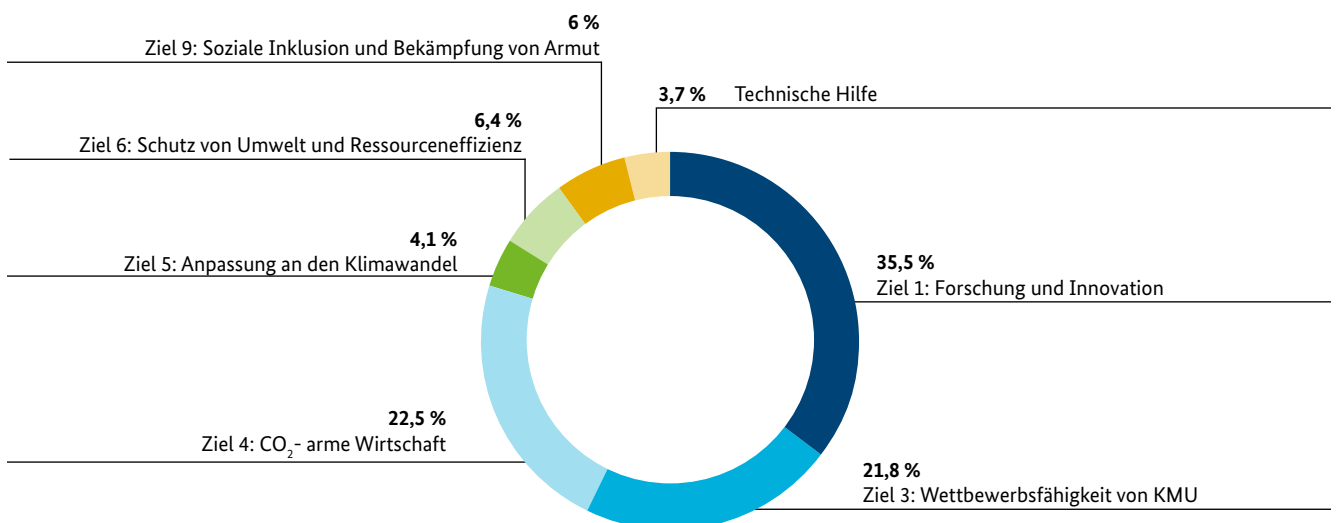
Insgesamt 83 % der EFRE-Mittel³ fließen in

- Forschung, technologische Entwicklung und Innovation (thematisches Ziel 1),
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU (thematisches Ziel 3)
- Reduzierung der CO₂-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft (thematisches Ziel 4)

Außerdem unterstützt der EFRE den Umwelt- und Hochwasserschutz. Und schließlich werden voraussichtlich über 10 Prozent der Mittel in die nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen investiert; dies ist eine erhebliche Steigerung gegenüber der Vorperiode.

EU-Förderung nach thematischen Zielen auf nationaler Ebene (einschließlich der Leistungsreserve; ohne ETZ)

Hier: EFRE (Gesamt: 10,77 Mrd.)



Quelle: Abfrage bei den Verwaltungsbehörden EFRE, ESF, ELER, Dezember 2013/Januar und Februar 2014.

3 Sämtliche Angaben zur Förderung und den Schwerpunkten der Förderung im EFRE, ESF und ELER beziehen sich auf die zur Verfügung stehenden Finanzmittel ohne die Ausgaben für die technische Hilfe.

Mit den Interventionen werden insgesamt die regionalen Voraussetzungen verbessert, sich im überregionalen Wettbewerb zu positionieren und adäquat den neuen Herausforderungen zu begegnen. Die Maßnahmen stehen im Einklang mit den zentralen Zielen der EU-2020 Strategie und den länderspezifischen Empfehlungen des Rates, die Bedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation – gerade im Rahmen der regionalen Spezialisierungen – zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU zu stärken, die Beschäftigung zu fördern, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland einen Beitrag zur Minderung der Kosten der Energiewende zu leisten.

Der ESF in Deutschland wird zur Förderung der Humanressourcen sowohl auf Aspekte des demografischen Wandels, des lebenslangen Lernens als auch der aktiven Inklusion von Benachteiligten ausgerichtet sein. Die Interventionen des ESF von 2014 bis 2020 konzentrieren sich auf die folgenden Ziele:

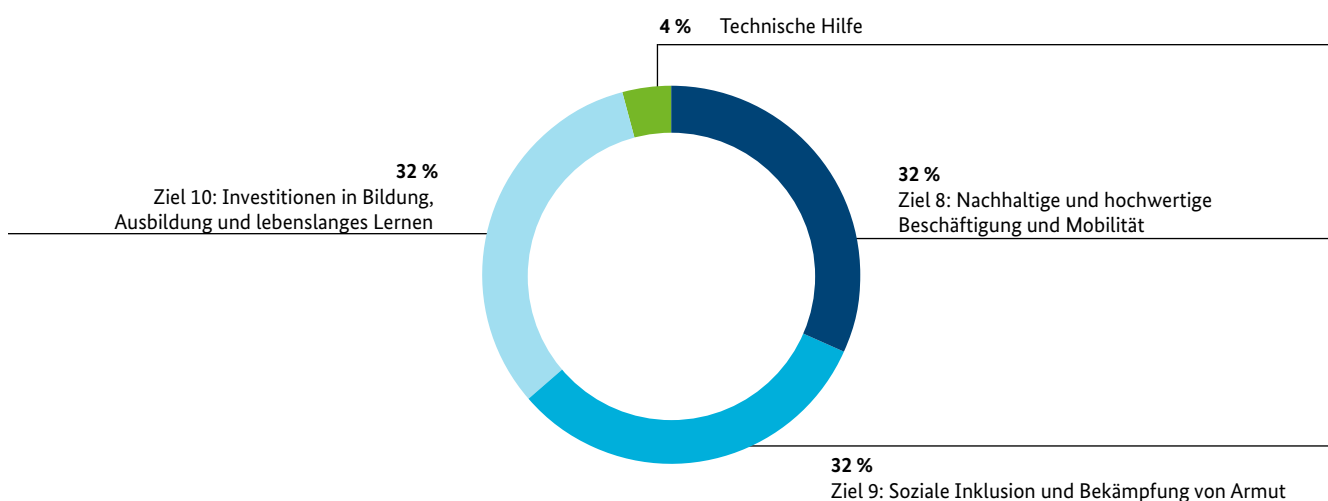
100 % der ESF-Mittel fließen in

- die Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte (Ziel 8)
- die Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung (Ziel 9) und in
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen (Ziel 10)

Deutschlandweit werden die ESF-geförderten „Investitionen in die Köpfe“ sichtbare Beiträge zu integrativem, nachhaltigem und intelligentem Wachstum und zur Anpassung an den demografischen Wandel leisten. Insbesondere ist mit Ergebnissen bei der Aktivierung zusätzlicher Erwerbspotenziale zu rechnen, wobei eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen eine besondere Rolle spielt. Bei der Umsetzung des Armutsbekämpfungsziels der Europa 2020-Strategie wird im ESF vor allem die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und die nachhaltige Integration von Benach-

EU-Förderung nach thematischen Zielen auf nationaler Ebene (einschließlich der Leistungsreserve; ohne ETZ)

Hier: ESF (Gesamt: 7,5 Mrd.)



teiligten in Erwerbstätigkeit im Vordergrund stehen. Zudem wird der ESF benachteiligte Jugendliche bei der Erreichung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen unterstützen.

Der **ELER** fördert vor allem die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den ländlichen Gebieten, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Klimaschutzpolitik; hierfür sind folgende Ziele besonders relevant:

Rund 85 % der ELER-Mittel werden fokussiert auf:

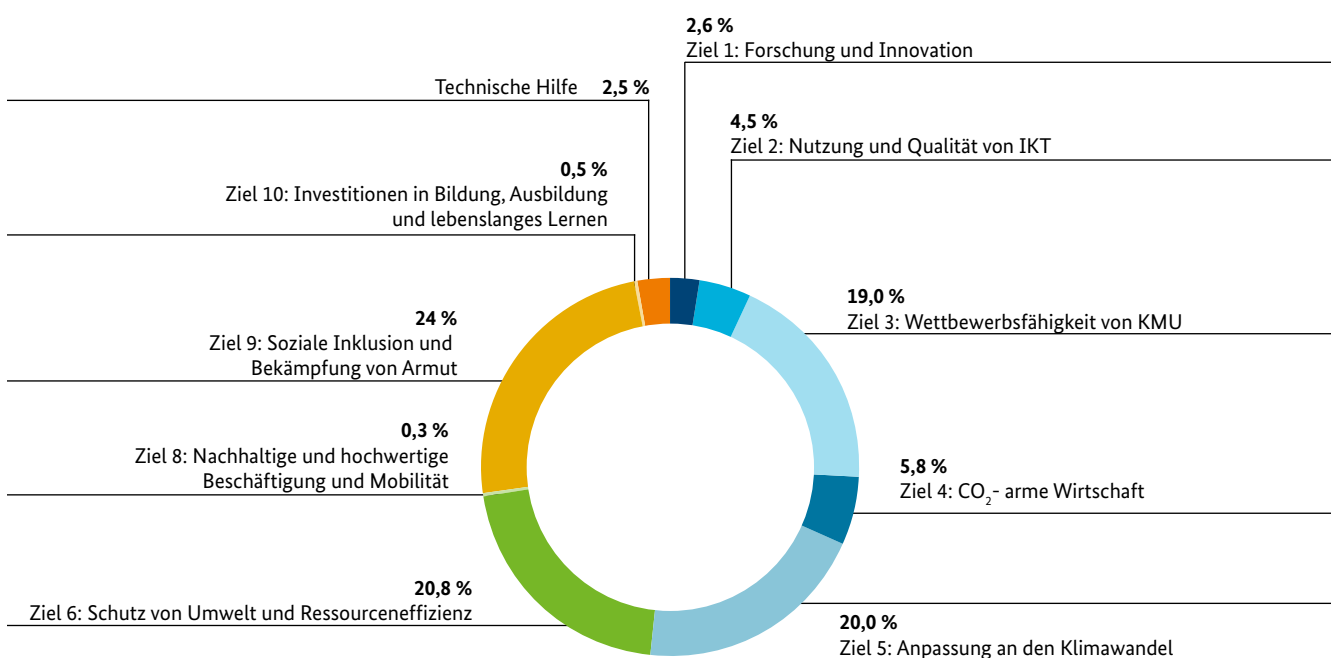
- Förderung der Anpassung an den Klimawandel sowie Risikoprävention und Risikomanagement (Ziel 5)
- Erhalt und Schutz der Umwelt sowie Förderung der Ressourceneffizienz (Ziel 6)
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung (Ziel 9)
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU (thematisches Ziel 3)

Durch die Interventionen des ELER sollen vor allem eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die Anpassung an den Klimawandel als auch die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und eine ausgewogene räumliche Entwicklung gestärkt werden.

Im **EMFF** werden die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (thematisches Ziel 3) und die Förderung der Nachhaltigkeit (Ziel 6) als wesentliche strategische Handlungsfelder im Mittelpunkt der Interventionen stehen.

EU-Förderung nach thematischen Zielen auf nationaler Ebene (einschließlich der Leistungsreserve; ohne ETZ)

Hier: ELER (Gesamt: 8,30 Mrd.)



Fazit

Insgesamt zeigt sich für die kommende Förderperiode, dass mit den ESI-Fonds noch stärker als bisher ein Beitrag zur Europa 2020-Strategie zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung geleistet wird. Die Förderung wird prioritär auf die Handlungsfelder fokussiert, die sich auch mit den länderspezifischen Empfehlungen des Rates für Deutschland decken. Dies sind vor allem die Stärkung von Forschung und Entwicklung sowie der Wettbewerbsfähigkeit, die Energieerzeugung und effiziente Nutzung von Energie, die demografische Entwicklung und die Fachkräftesicherung sowie die Reduzierung der Armut und die Berücksichtigung benachteiligter Gruppen.

Indikative Zuordnung der EU-Finanzmittel nach Ländern und ESI-Fonds in Mio. Euro – Angaben gerundet (einschließlich der Leistungsreserve, ohne ETZ)⁴

Empfänger / Programme	EFRE	ESF	ELER
Baden-Württemberg	246,6	259,7	618,0
Bayern	494,7	297,9	1.292,4
Berlin	635,2	215,1	965,8**
Brandenburg	845,6	362,4	
Bremen	103,0	76,2	***
Hamburg	55,5	78,2	
Hessen	240,7	172,2	268,3
Mecklenburg-Vorpommern	967,8	384,6	847,0
Niedersachsen*	690,8	287,5	938,6
Nordrhein-Westfalen	1.211,7	627,0	512,1
Rheinland-Pfalz	186,0	109,0	258,7
Saarland	143,3	73,9	28,6
Sachsen	2.089,0	662,7	816,9
Sachsen-Anhalt	1.427,5	611,8	777,6
Schleswig-Holstein	271,2	88,8	348,4
Thüringen	1.165,1	499,3	625,7
Netzwerk ländlicher Raum			5,0
Bundesprogramm ESF		2.689,3	
Insgesamt	10.773,7	7.495,6	8.303,1

* Die Finanzmittel entsprechen dem EFRE- bzw. ESF-Anteil am Multifonds OP Niedersachsen.

** Die Angaben beziehen sich auf das gemeinsame Programm zu Entwicklung des ländlichen Raums Brandenburg/Berlin

*** Die Finanzmittel für Bremen sind in den Zahlen für Niedersachsen enthalten (gemeinsames Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums Niedersachsen/Bremen)

www.bmwi.de
www.die-strukturfonds.de

